



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BADEN-WÜRTTEMBERG



**Europa  
quo vadis?**

# Grüne Blätter

MITGLIEDERZEITSCHRIFT · III · 2016 · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

# Höchste Zeit, laut zu werden!

Rechtspopulist\*innen und Anti-Demokrat\*innen treiben Europa immer weiter auseinander. Lassen wir nicht zu, dass Egomanen zerstören, worauf wir zu Recht stolz sind. Dafür müssen wir vor allem endlich wieder die Stärke und die Einmaligkeit des europäischen Projekts in den Mittelpunkt stellen.

Von Thekla Walker und Oliver Hildenbrand

„89 Fragen zu Europa“ stellte das Süddeutsche Magazin im Vorfeld des „Brexit“ seinen Leserinnen und Lesern – allesamt zum Nachdenken anregend, eine davon besonders erhellend: „Gibt es einen Kontinent, der besser ist als Europa?“ Selbst Europas Rechtspopulist\*innen dürften sich hier ein „Nein“ abringen. Trotzdem arbeiten die Gaulands, Wilders, Farages, Hofers oder Le Pens mit allen Mitteln daran, Europa auseinander zu treiben. Dafür wird vereinfacht und gelogen; dafür schüren sie Ängste und Ressentiments. Europas Rechte will an die Macht und zurück Richtung Nationalstaat, den sie als heile Welt von gestern verkürt – Erlösung von Terror, Flüchtlingskrise, Klimawandel oder Arbeitslosigkeit quasi inklusive. Alexander Gauland, Jahrgang 1941, formulierte das bei „Anne Will“ so: „Ich möchte dieses Land, wie wir es von unseren Vätern ererbt haben.“

Wie die anderen Demagogen Europas hat der AfDler glatt vergessen: Das Land seiner Väter war voller Krieg, Hass, Zerstörung und Armut. Erst mit der europäischen Einigung und unter dem Dach der EU kamen Frieden und Wohlstand auf diesen Kontinent; kamen Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Chancengleichheit; kamen Fortschritte für die Verbraucher\*innen und Standards beim Umwelt- und Klimaschutz. Also all das, was Europa heute so lebenswert macht.

## Das europäische Projekt ist einmalig

Der Aufstieg der Rechtspopulist\*innen führt uns bitter vor Augen, dass diese Errungenschaften nicht selbstverständlich sind. In unserer komplexen, globalisierten Welt lassen sich viele von plumpen Parolen und einer rückwärtsge wandten Politik verführen. Wir haben es beim „Brexit“ besonders schmerzhaft erleben müssen. Europas Gaukler und Anti-Demokraten sind laut und bestens organisiert. Es wird höchste Zeit, dass wir alle, die sich der europäischen Idee verbunden fühlen, ebenfalls laut werden. Wir müssen für Europa kämpfen und für Europa werben. Dafür müssen wir vor allem endlich wieder die Stärke und die Einmaligkeit des europäischen Projekts in den Mittelpunkt stellen. Denn zugegeben: Auch wir Grünen neigen dazu, uns auf die Probleme zu konzentrieren – die es zweifelsohne gibt und um deren Lösung wir unermüdlich, sachlich und fair ringen müssen.

Es geht um so viel! Der Kampf der Rechtspopulist\*innen gegen Europa ist zugleich auch ein Kampf gegen unsere moderne, tolerante und liberale Gesellschaft. „Europa ist das Beste, was wir je hatten“, sagte unser grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner jüngsten Regierungserklärung. Lassen wir nicht zu, dass Egomanen es zerstören.

## Thekla Walker



Umwelt- und Naturschutz, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und eine gerechte Bildung: Dafür setzt sich Thekla Walker seit vielen Jahren ein. Über ihr Engagement im Naturschutz kam sie zur Politik, seit 2011 ist sie Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg.

## Oliver Hildenbrand



Seit 2013 ist Oliver Hildenbrand unser Landesvorsitzender. Der Freudenberger stammt aus einer politischen Familie, war schon mit 18 Jahren Landtagskandidat und vier Jahre lang Landessprecher der Grünen Jugend Baden-Württemberg. Seine politischen Herzentemen sind die Gesellschafts- und die Innenpolitik.

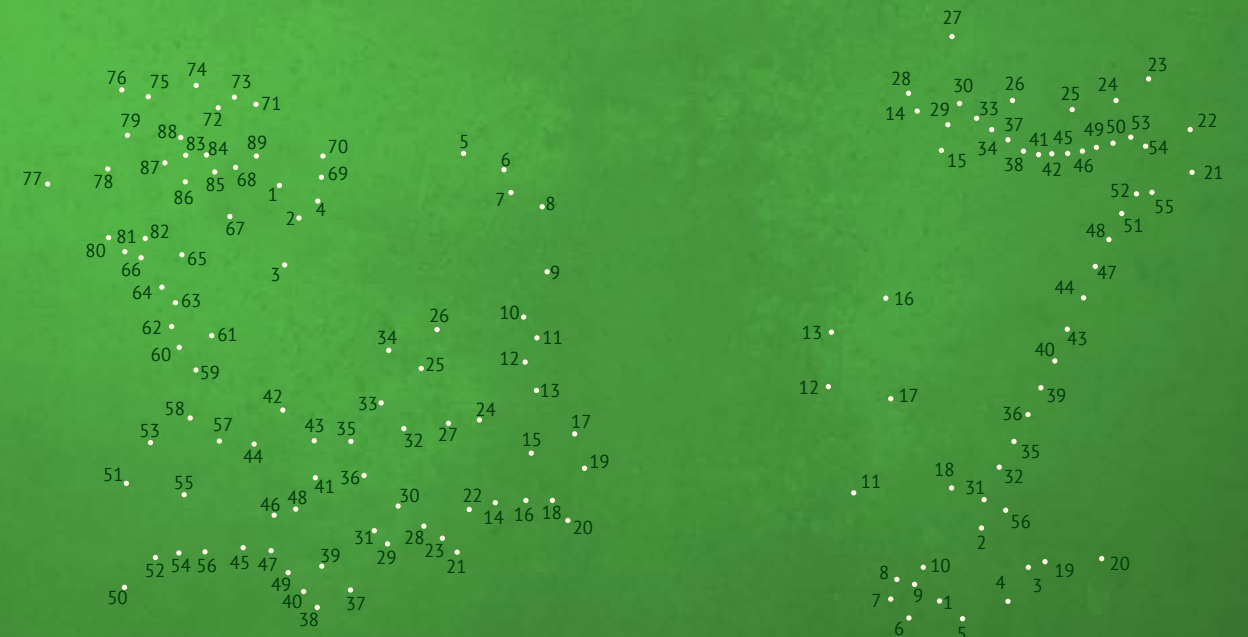
# Europa malen nach Zahlen

## Wie verlaufen Europas wahre Grenzen?

- 1) Weinrot
- 2) Gerstengelb
- 3) Klar wie Wodka

## Wovon gibt es in Griechenland fast so viele wie Griech\*innen?

## Welches Land gewann am häufigsten den Eurovision Song Contest?



# „Wo Angst geschürt wird, setzen wir auf Zuversicht“

Im Mai gewann der Grüne Alexander Van der Bellen die österreichische Bundespräsidentenwahl. Doch es bleibt spannend: Der Verfassungsgerichtshof urteilte, dass die Stichwahl wiederholt werden muss. Im Interview mit den Grünen Blättern spricht Eva Glawischnig, Bundessprecherin und Klubobfrau der Grünen Österreich, über die Wahl, die Haltung zu Europa und den Umgang mit Rechtspopulist\*innen.

Das Gespräch führte Michael Wustmann

**Liebe Eva, nach dem „arschnappen“ Sieg und der Wahlanfechtung der FPÖ geht Alexander Van der Bellen am 2. Oktober zum zweiten Mal in die Stichwahl gegen Norbert Hofer. Droht Österreich bei dieser Wahl die Spaltung?**

**Eva** Alexander Van der Bellen steht für Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das hat er nicht zuletzt bei seiner viel beachteten Rede kurz nach der Stichwahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai bewiesen. Dort hat er seine Hand allen Österreicherinnen und Österreichern ausgestreckt und uns alle eingeladen, mit ihm ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen. Ich bin davon überzeugt, dass Alexander Van der Bellen hier sehr viele Menschen zusätzlich erreichen konnte und er und sein Team es erneut schaffen werden, eine breite und große Bewegung in Österreich für die Wahl am 2. Oktober zu mobilisieren.

**Alexander Van der Bellen steht klar für die Europäische Integration und eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Kann man mit diesen Überzeugungen derzeit noch Wahlen gewinnen?**

**Eva** Was ist die Alternative? Die Haltung der rechtsextremen und rechtspopulistischen Politiker\*innen in Europa – von Marine Le Pen, Geert Wilders bis Heinz-Christian Strache – zeigen ja, dass sie an einer Europäischen Union nicht interessiert sind, damit auch nicht an europäischen Lösungen. Ganz im Gegenteil: Le Pen & Co träumen von der Zerstörung der Union und von

einem Zurück zu Nationalstaaten mit Zäunen und Grenzen. Doch Grenzen dicht und Maschendraht hoch sind keine Lösungen und bewirken das Gegenteil: etwa enormen wirtschaftlichen Schaden durch Einschränkung des Personen- wie Warenverkehrs. In Österreich gibt es keine Mehrheit für einen EU-Austritt, daher kann die Lösung auch in der Flüchtlingspolitik nur Europa heißen.



**Wie kann im Gegenzug eine rechtspopulistische Partei wie die FPÖ so breite Wählerschichten erreichen?**

**Eva** Die Unzufriedenheit vieler in der Bevölkerung aufgrund schleppender Reformen ist sicher ein Grund, warum die FPÖ bei den Sonntagsfragen

weit vorne liegt. Aber auch die aktuelle Themenlage spielt den Rechten in die Karten: Die FPÖ arbeitet mit dem Prinzip Angst und schreckt selbst vor Lügen nicht zurück – vor allem im Internet. Das wiederum verstärkt bei vielen Menschen das Gefühl von Unsicherheit. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten zwar an erster Stelle stehen, wenn es darum geht, etwas zu zerstören – Stichwort Brexit –, die Scherben müssen dann, wie sich gerade in der Innenpolitik von Großbritannien zeigt, andere aufklauben. Angst, und da bin ich bei Angela Merkel, darf nie Ratgeber politischen Handelns sein. Wo Angst geschürt wird, müssen Hoffnung und Zuversicht entgegengesetzt werden.

**Rechtspopulist\*innen sind auch in vielen anderen Ländern Europas auf dem Vormarsch. Wo siehst du Unterschiede und wo Parallelen?**

**Eva** Schaut man die Auftritte der Rechten im Internet an, egal um welche rechte Partei es sich handelt, muss man leider Folgendes erkennen: Die Meinungsfreiheit im Netz wird dazu genutzt, Propaganda zu betreiben, zum Beispiel mit Lügen-Zitaten von politischen Mitbewerber\*innen, die allein dazu dienen, Hetze und Hass zu schüren und Menschen aufzuwiegeln. Gerne verwenden und verbreiten Rechte erfundene Artikel und verweisen auf dubiose Seiten – ihre Anhänger\*innen vertrauen diesen Seiten leider blind. Die rechte Stra-

tegie ist aufgegangen – der Hass gegen einzelne Gruppen, wie Schutzsuchende, Helfer\*innen, Journalist\*innen oder Politiker\*innen hat in einem Jahr enorm zugenommen. Selbst objektive Medien werden heute von einem Teil der Bevölkerung als „Lügenpresse“ diffamiert.

**Wie wirkt sich eine etablierte rechtspopulistische Partei auf das politische Klima in Österreich aus?**

**Eva** Wenn es darum geht, an Demokratie und Gesetzgebung mitzuarbeiten, hält sich das Engagement der FPÖ in Grenzen. Jüngst haben die Abgeordneten der FPÖ sogar gegen die Ratifizierung des Weltklimavertrags gestimmt. Ich komme aus Kärnten, dort hat Blau jahrelang „regiert“ und die Bank Hypo Alpe Adria wie das Bundesland in einen Milliarden-Ruin getrieben. Kurz gesagt: Wo immer Blau „regiert“, bleibt ein Scherbenhau-

fen über und die Kosten trägt die Bevölkerung.

**Was macht Ihr, um diese Wähler\*innen zu gewinnen? Kann man als Grüne die Wähler\*innen der FPÖ überhaupt erreichen?**

**Eva** Die Überschneidungen zwischen blauen und grünen Wähler\*innen-Potentialen sind kaum vorhanden. Wir stehen für ein politisches Handeln, dass allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht: sei es durch Zugang zur Bildung, Zugang zu leistbarem Leben wie Wohnen, Mobilität oder Pflege, Zugang zur Kinderbetreuung. Die FPÖ beteuert zwar immer, sie betreibe Politik für „das Volk“ – das Gegenteil ist jedoch der Fall. Gilt es, ihre Pfründe zu sichern, stellen sich die Blauen gegen Gesetze wie etwa jene zur Bekämpfung von Korruption, zur Bekämpfung von Steuerbetrug oder gegen eine

Verschärfung des Sexualstrafrechts. Es gilt für uns Grüne daher, vermehrt unsere Haltung, unsere Werte und unser Engagement in den Vordergrund zu stellen, um so viele Wähler\*innen wie möglich zu mobilisieren und zu erreichen.

**Mit der AfD sind auch in Deutschland Rechtspopulist\*innen in die Parlamente eingezogen. Was kannst du für den Umgang mit den Rechten empfehlen?**

**Eva** Wir wissen, dass Rechtspopulisten – siehe Trump – jedes Mittel recht ist, um mediale Aufmerksamkeit zu erregen. Das sollte uns bewusst sein und wir sollten dahingehend auch unsere Strategie ausrichten. Michelle Obama hat in ihrer Rede einen schönen Leitfaden skizziert: „Wenn sie niedere Instinkte zeigen, dann streben wir nach Höherem.“ Das ist doch inspirierend, oder?



# Europa in die Hand nehmen

Es macht einen großen und positiven Unterschied, wenn die Menschen auf dem Weg in eine neue gemeinsame europäische Realität mitgenommen werden. Das erlebte der grüne Europaabgeordnete Jan-Philipp Albrecht, stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses, als Verhandlungsführer im Europäischen Parlament bei der EU-Datenschutzreform.

Von Jan Philipp Albrecht

Ja, die Europäische Union ist derzeit nicht beliebt. Viele Menschen wenden sich von ihr ab, weil sie sie für viele ungelöste Probleme verantwortlich machen: Ökonomische Turbulenzen, Sicherheitsbedrohungen, Flüchtlingskrise, soziale Ungleichheit. Herausforderungen und falsche oder unzureichende Antworten darauf gibt es tatsächlich zuhauf. Es sind aber nie einzelne Länder oder die EU, die schlechte Politik machen, sondern gewählte Abgeordnete der Parteien und ihre Vertreter\*innen in Regierungen und Institutionen. Es liegt an uns, diese Verantwortung deutlich zu machen.

Gerade bei EU-Gesetzgebungsprozessen sind die Einflussmöglichkeiten entgegen der Erwartung groß. Wenn die EU-Kommission ein Gesetz auf den Weg bringen will, muss sie vorher

die Meinungen aller in einer öffentlichen Konsultation einholen und auswerten. Wenn dann das Europäische Parlament über den Gesetzentwurf diskutiert, werden alle Ausschuss- und Plenarsitzungen für die Öffentlichkeit übertragen und alle Dokumente des Verfahrens veröffentlicht. So war es auch bei der Datenschutz-Grundverordnung. In hunderten von Anhörungen und Diskussionen wurden die gesammelten Vorschläge gewälzt, bevor auf der Grundlage von etwa 4.000 Änderungsanträgen ein Kompromiss ausgehandelt wurde.

## Die Datenschutz-Debatte war ein Lichtblick

Entscheidend für gute Lösungen war dabei die Öffentlichkeit, die auf unsere Arbeit in Brüssel und Straßburg

geblickt und auch mal Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt hat. Dann nämlich war auf einmal die Erwartung der Wähler\*innen entscheidend und nicht mehr vorrangig die der Lobbyist\*innen. Es macht einen großen Unterschied, wenn die Menschen in eine neue gemeinsame europäische Realität mitgenommen werden. Die Debatte zum Datenschutz war ein Lichtblick, denn in der Regel bekommt die Öffentlichkeit selbst von hoch relevanten EU-Gesetzgebungsprozessen nichts mit. Das liegt vor allem an den nationalen Regierungen, die trotz voller Mitentscheidungsrechte ihre Mitverantwortung in diesen Prozessen leugnen und ihre Kompromissunfähigkeit kaschieren, indem sie die EU-Institutionen schlechtreden oder sich untereinander den Schwarzen Peter zuschieben.

Im April wurde – trotz massiver Bremsversuche der nationalen Regierungen – die Datenschutz-Grundverordnung verabschiedet. Ab Mai 2018 werden wir in allen EU-Ländern den gleichen, hohen Datenschutzstandard genießen, der selbst gegenüber internationalen Konzernen mit Milliardenstrafen durchgesetzt wird. Ein großer Erfolg für die Grund- und Verbraucherrechte in Europa und weltweit. Es ist also möglich, eine schlagkräftige EU-weite Regelung zu erreichen und gleichzeitig eine lebendige europäische Demokratie zu gestalten. Wenn wir – gerade in Krisenzeiten wie jetzt – Europa selbst in die Hand nehmen.



# Inside the European Union

Mit zwei Mitarbeiter\*innen der Landtagsfraktion haben wir über ihre Erfahrungen aus Brüssel gesprochen. Jens Braunewell und Barbarita Schreiber berichten über Fortschritte beim Umweltschutz, den Einfluss des Landes in Brüssel – und den ersten europäischen Hurenkongress.

Aufgezeichnet von Steffen Becker

Europa? Jens zieht gerne den Vergleich mit einem internationalen Studentenwohnheim. Hier erlebe man interessante Begegnungen und Einblicke in andere Denkweisen und Lebensstile. Manche unangenehme Überraschung in der WG-Küche ist auch dabei. Egal, gehört dazu. Jens saß in Verhandlungen zwischen EU-Parlament, 28 Regierungen und der Kommission über eine neue Richtlinie zu Grenzwerten für Industrieanlagen. Als Referent im Bundesumweltministerium schrieb er mit an einem Regelwerk, das festlegen sollte, wie viel Schadstoffe Fabriken ausstoßen dürfen. Die nationalen Regelwerke reichten von „Grenzwerte – was ist das?“ bis zu ambitionierten Klimaschutzregeln. Entsprechend hart waren die Verhandlungen. Hunderte Änderungsvorschläge wurden debattiert. Und trotzdem: „Der Prozess lief schnell, effizient, alles wurde streng dokumentiert“, sagt Jens.

## Der Bienenstock EU

Erstaunt hat ihn der vergleichsweise geringe Einfluss von Lobbyisten. „Da zeigen sich die Vorteile des Bienenstocks EU. Bei so vielen und so unterschiedlichen Playern verringern sich automatisch die Einflussmöglichkeiten.“ Mit der Richtlinie ist Jens zufrieden. Deutschland hatte zwar weitergehende Vorstellungen. Aber die Richtlinie sorgte für Mindeststandards, die in den meisten Ländern zu weniger Schadstoffausstoß führt – und im gemeinsamen Binnenmarkt für die Industrie Planungssicherheit bietet.



1984 kam Barbarita nach Brüssel. Doch schon nach einer Legislatur bei der Regenbogenfraktion im EU-Parlament verabschiedete sie sich. „Denn oft habe ich mich gefragt: Was hat mein Tun konkret bewirkt?“ Heute ist sie in der Landtagsfraktion die für Europa zuständige Beraterin – und kann diese Frage klar beantworten. Das sagt viel über die Entwicklung aus, die die EU seither genommen hat. Gut, die Bewertung der „Richtlinie über Mediendienstleistungen“ auf ihrem Schreibtisch klingt nicht so sexy wie ihr damaliger Bericht vom ersten Hurenkongress, mit dem die Grünen in Brüssel Furore machten. Aber sie ist ein Beispiel für die Demokratisierung der EU.

## Für einen Dialog mit den Bürger\*innen

Das EU-Parlament hat mehr Kompetenzen – damit wuchs auch die Mitsprache der nationalen und regionalen Legislativen. Heißt: Alle Richtlinien, die die Kompetenz von Mitgliedsstaaten betreffen, landen bei den Abgeordneten. Diese prüfen etwa, ob Länderkompetenzen unsinnigerweise eingeschränkt werden. „Das System der Checks & Balances zwischen den staatlichen Ebenen ist austariert, aber komplex – und damit schwer vermittelbar“, weiß Barbarita. „Unsere EU-Politiker\*innen arbeiten daher an einem Konzept für einen Dialog mit der Zivilgesellschaft. Vorurteile lassen sich allein dadurch aufbrechen, dass wir erklären, wie viel Einfluss die hier gewählten Vertreter\*innen in Brüssel nehmen können.“

# Hier stünde eigentlich...

...ein Interview zum Brexit. Leider hat es zeitlich bis zum Redaktionsschluss nicht geklappt. Damit ihr hingegen alle wichtigen Termine im Blick habt, geben wir euch stattdessen hier einen kurzen Überblick:

11.-13. November 2016

## Bundesparteitag



Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in diesem Herbst wird unter anderem das Thema Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus stellen sich dort die Kandidat\*innen für die Urwahl vor. Der Bundesparteitag findet in Münster statt. Weitere Informationen und Anträge werden hier zur Verfügung gestellt:

[www.gruene.de/bdk](http://www.gruene.de/bdk)

19.-20. November 2016

## Landesparteitag



Schwerpunkt unseres Parteitags im November wird die Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 sein. Außerdem wählen wir eine neue Landesvorsitzende. Der Parteitag wird am 19. und 20. November im Congress-Centrum Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd stattfinden. Alle Informationen findet Ihr hier:

[www.gruene-bw.de/parteitage](http://www.gruene-bw.de/parteitage)

Donnerstag, 8. Dezember 2016

## Urwahlforum



Bei der Urwahl wählen wir unser Spitzenduo für die Bundestagswahl 2017. Alle, die bis zum 4. November Mitglied werden, können abstimmen. Bis Weihnachten stellen sich die Kandidierenden auf Urwahlforen in ganz Deutschland vor. Das baden-württembergische Urwahlforum findet am 8. Dezember statt. Mehr dazu:

[www.gruene-bw.de/urwahl](http://www.gruene-bw.de/urwahl)

## Impressum

Herausgeber:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Baden-Württemberg  
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart  
Telefon 0711-99 35 90  
[landesverband@gruene-bw.de](mailto:landesverband@gruene-bw.de)  
[www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

Redaktion: Barbara Alexander, Kathleen Bärs, Steffen Becker, Florian Krebs, Lea Krug, Carsten Preiss, Sonja Rajsp, Michael Wustmann

Mitarbeit: Bettina Jehne, Eva Muszar

Layout: Carsten Preiss

Bildquellen:  
1) istock.com/Pietro Ballardini  
4) Gruene.at/ Christian Anderl  
6) janalbrecht.eu/Fritz Schumann

Druck:  
auf Umpweltpapier bei Dierichs  
Druck+Media GmbH & Co KG,  
Kassel. Auflage 9.000 Exemplare.